



Schindler

## 200 Stellen streichen

Beim Lift- und Rolltreppenhersteller Schindler sind weltweit 2000 Stellen zu streichen. In der Schweiz könnten bis zu 200 Arbeitsplätze wegfallen, sagte CEO Thomas Oetterli. | Seite 22

RÜCKTRITT

## Parteien begrüßen Laubers Angebot

**BERN** | Mehrere Parteien haben das Rücktrittsangebot von Bundesanwalt Michael Lauber begrüsst. Damit sei der Weg frei für einen Neustart. Die FDP forderte, dass der Rücktritt nun rasch erfolgen müsse. Denn die Glaubwürdigkeit der Bundesanwaltschaft habe in letzter Zeit stark gelitten. Und: «Mit zunehmender Dauer der Unsicherheit droht weiterer Schaden für die Institutionen.» Nachdem das Bundesverwaltungsgericht auch die Aufsichtsbehörde (AB-BA) gerügt habe, stelle sich die Frage, ob auch hier ein personeller Neustart nötig sei, «um den eingetretenen Schaden umfassend zu beheben». Die SP teilte auf dem Kurznachrichtendienst Twitter mit, der Rücktritt von Lauber sei die Voraussetzung, um die Glaubwürdigkeit der Bundesanwaltschaft wiederherzustellen. «Wir brauchen einen starken Bundesanwalt im Kampf gegen Geldwäscherei, organisierte Kriminalität oder Terrorismus», hiess es. Grünen-Parteipräsident Balthasar Glättli schrieb auf der Plattform, der Bundesanwalt biete nun zumindest seinen Rücktritt «im Interesse der Institutionen» an. Nationalrat Lorenz Hess (BDP/BE), Mitglied der Gerichtskommission, sagte dem Radio, Lauber trete zum letzten Zeitpunkt zurück, in dem er das noch ohne grösseren Gesichtverlust tun könne. Lauber könne nun eine berufliche Neuorientierung einleiten, ohne das Stigma des totalen Verlierers zu tragen. **sda**

Bern | Bundesanwalt Lauber bietet seinen Rücktritt an

# Schwere Erinnerungslücke

**Bundesanwalt Michael Lauber hat seine Amtspflichten verletzt. Das befand das Bundesverwaltungsgericht am Freitag. Lauber reichte sofort seinen Rücktritt ein. Besonders schwer wog laut Urteil eine Erinnerungslücke bei einem Treffen mit FIFA-Präsident Gianni Infantino.**

An dieses Treffen vom 16. Juni 2017 konnte sich neben Lauber keiner der Beteiligten erinnern. Nach Faktenlage waren neben Lauber und Infantino André Marty, Informationschef der Bundesanwaltschaft, der Walliser Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold sowie eine mögliche fünfte Person dabei.

Das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) in St. Gallen sah diese kollektive Erinnerungslücke nach allgemeiner Lebenserfahrung als unwahrscheinlich an. Lauber habe über dieses Treffen vorsätzlich die Unwahrheit gesagt und ein drittes Treffen mit Infantino gegenüber der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) verschwiegen. Das sei eine schwere Amtspflichtverletzung. Auch Interessenkonflikte und Verstösse gegen die Stellvertretungsregeln sah das Gericht als erwiesen an. Lauber hatte die gegen ihn verhängte Disziplinarverfügung angefochten.

### Einschränkungen führen zu weniger Lohnabzug

Andere Punkte aus der Disziplinarverfügung AB-BA erachtete das BVGer als nicht begründet oder schwächte den Schwere-

grad ab. Nach einer Prüfung jeder einzelnen vorgeworfenen Amtspflichtverletzung befanden die St. Galler Richter, Lauber habe sich ausser in einem Fall gegenüber seiner Aufsicht nicht illoyal verhalten. Auch wurde Lauber das rechtliche Gehör nicht gewährt, indem ihm die AB-BA gewisse Unterlagen vorenthielt. Als Beschwerdeführer vor BVGer konnte er aber alle Akten einsehen, sodass die St. Galler Richter diesen Mangel als behoben ansehen.

Eine Behinderung der Disziplinaruntersuchung durch Lauber verneinte das Gericht ebenso wie Falschaussagen bezüglich eines Treffens des Bundesanwalts mit Marty und Arnold. Die AB-BA rügte die Richter wegen der «sehr angriffigen Aussagen» im Disziplinarbericht. Aufgrund dieser Erwägungen reduzierte das BVGer den von der AB-BA verhängten Abzug vom Jahreslohn Laubers von acht auf fünf Prozent. Die strengste mögliche Sanktion des Lohnabzugs sei gerechtfertigt, müsse aber auf mittlerer Höhe und nicht auf dem Maximum liegen.

### Lauber geht postwendend

Auf den Richterspruch aus St. Gallen hin bot Lauber der Gerichtskommission der Räte in einer persönlichen Mitteilung seinen Rücktritt an. Er respektiere das Urteil, hiess es in dem Text, den Lauber den Medien zustellte.

«Die Unterstellung der Lüge weise ich nach wie vor in aller Form zurück», schrieb Lauber. Und: «Wenn man mir

jedoch als Bundesanwalt nicht glaubt, dann schadet dies der Bundesanwaltschaft.» Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR), Präsident der Gerichtskommission von National- und Ständerat, sagte auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA, das von seiner Kommission eingeleitete Amtsenthebungsverfahren gegen Lauber laufe weiter. Einzig wenn der Bundesanwalt vor dessen Abschluss zurückgetreten sei, werde es gestoppt. Und der Rücktrittszeitpunkt sei dessen alleiniger Entscheid. Lauber habe der Gerichtskommission aber für kommende Woche ein Schreiben in Aussicht gestellt.

### Erleichterte Reaktionen

Die AB-BA sah sich durch das Urteil im Wesentlichen bestä-

tigt. Insbesondere die Lüge über das dritte Treffen mit FIFA-Präsident Gianni Infantino sei eine schwere Amtspflichtverletzung. Seitens der Gerichtskommission sagte Nationalrat Matthias Aebischer (SP/BE) auf Radio SRF, Lauber habe immer gesagt, er trete bei einem rechtskräftigen Entscheid zurück. Das sei jetzt der Fall, obwohl noch ein Rekurs beim Bundesgericht möglich wäre. Aber auch das Bundesgericht dürfe am Verdikt nichts ändern. Nationalrat Lorenz Hess (BDP/BE), ebenfalls in der Gerichtskommission, sagte dem Radio, Lauber trete im letzten Zeitpunkt zurück, in dem er das noch ohne grösseren Gesichtverlust tun könne. Kommissionspräsident Caroni enthielt sich wegen des

laufenden Verfahrens eines Kommentars.

### Hängige Strafanzeigen

Gegen Lauber sind noch vier Strafanzeigen hängig. Stefan Keller, der Präsident des Verwaltungs- und Obergerichts Obwalden, prüft diese Strafanzeigen gegen Lauber, Infantino und weitere Personen. Die AB-BA hatte ihn Anfang Juni als ausserordentlichen Staatsanwalt eingesetzt. Er klärt, ob die Voraussetzungen für ein Strafverfahren gegeben sind. In den Anzeigen gegen Lauber geht es unter anderem um Begünstigung im Zusammenhang mit nicht protokollierten Treffen mit Infantino. Infantino seinerseits soll Lauber zu Amtsmissbrauch und Begünstigung angestiftet haben. **sda**



Rücktritt. Vom einstigen Strahlemann zum Buhmann. Die Karriere von Bundesanwalt Michael Lauber geht glanzlos zu Ende. FOTO KEYSTONE

Chur | Wölfe in Graubünden vermehren sich weiter: sechstes Rudel bestätigt

# Wölfe sind stärker spürbar

**Die Wölfe in Graubünden vermehren sich weiter Jahr für Jahr. Im Gebiet der oberen Surselva bildete sich ein neues Rudel, es ist das sechste im Gebirgskanton.**

Stagias-Rudel wird es genannt, wie das Bündner Amt für Jagd und Fischerei am Freitag mitteilte. Bis jetzt hätten drei Jungtiere beobachtet werden können. Das Revier erstreckt sich in der oberen Surselva über die Gemeindegebiete Tujetsch, Disentis und Medel.

Mit dem neuen Rudel sind laut Amtangaben insgesamt sechs im Kanton Graubünden bestätigt, eingeschlossen das Morobbia-Rudel an der Kantongrenze zum Tessin. Schätzungsweise 35 bis 40 Wölfe sind derzeit unterwegs im Gebirgskanton, 17 Tiere kamen letztes Jahr zur Welt.

Die bereits bekannten Rudel reproduzierten sich ebenfalls in diesem Jahr. Die Raub-

tiere in Graubünden halten sich schwerpunktmässig auf im Raum des Vorderrheintales, zwischen Chur und Disentis.

### 80 Wölfe in der Schweiz

Noch keine Informationen gibt es über Nachwuchs im Calanda-Rudel, dem ersten Rudel, das sich nach der Rückkehr der Raubtiere in die Schweiz formiert hatte. Es sei nach wie vor nicht klar, ob neue Leittiere das Rudel übernommen und ob diese Tiere Nachwuchs produziert hätten, hiess es. Ebenfalls nicht bekannt ist, ob es in weiteren Regionen des Kantons Graubünden zu neuen Rudelbildungen mit Nachwuchs gekommen ist.

### Verhaltensauffällige Tiere bereiten Sorgen

Mit dem neuen Bündner Rudel sind schweizweit total neun Rudelbildungen gezählt worden. Zwei Rudel halten sich auf im Wallis, eines durchstreift den Waadtländer Jura. Vermu-



**Wolfsrudel.** Ein Jungwolf aus dem neu gebildeten Wolfsrudel Stagias im Juli 2020 in der Surselva. Im Einzugsgebiet des Vorderrheins hat sich ein neues Wolfsrudel gebildet.

FOTO AMT FÜR JAGD UND FISCHEREI GRAUBÜNDEN

tet wird, dass aktuell rund 80 Wölfe in der Schweiz leben. Der Bündner Jagdinspektor Adrian Arquint sagte auf Anfrage, es sei absehbar gewesen, dass die Wolfspopulation wachse. Die Wolfspresenz sei dadurch noch stärker spürbar, was die Arbeit für alle Beteiligten nicht einfacher mache.

Sorgen bereiten dem Jagdinspektor vor allem sogenannte verhaltensauffällige Tiere. Das sind Wölfe, die Schutzvorrichtungen überspringen, sich häufig Siedlungen nähern und sich zu stark an den Menschen gewöhnen. Dadurch würden die Wölfe ihre natürliche Scheu verlieren. **sda**

DIPLOMATIE

## China ordnet Schliessung von US-Konsulat an

**PEKING / WASHINGTON** | Als Vergeltung für die Schliessung eines chinesischen Konsulats in den USA macht China nun eine amerikanische Vertretung dicht. Die kommunistische Regierung der Volksrepublik verfügte am Freitag, dass das US-Konsulat in Chengdu im Südwesten des Landes geschlossen werden muss. Die Lizenz zum Betrieb der Auslandsvertretung sei entzogen worden, gab das Aussenministerium in Peking bekannt. Die ohnehin schon belasteten Beziehungen zwischen den beiden Grossmächten steuern damit auf einen neuen Tiefpunkt zu. Die Schliessung sei «eine legitime und notwendige Reaktion auf die unvernünftigen Handlungen der USA», erklärte das Ministerium. Die Schuld geben die Chinesen allein der Regierung von US-Präsident Donald Trump. «Die Verantwortung liegt vollständig bei den Vereinigten Staaten.» China fordere die USA erneut auf, ihre Entscheidung zu korrigieren und so die Bedingungen für eine Rückkehr der bilateralen Beziehungen zur Normalität zu schaffen. Durch die Schliessung der beiden Konsulate müssen Dutzende Diplomaten beider Seiten zurück in ihre Heimat. Nach Spionagevorwürfen der USA gegen China unterstellte Peking nun dem Konsulat in Chengdu, spionierte zu haben. «Einige Mitarbeiter des US-Generalkonsulats haben Aktivitäten durchgeführt, die nicht mit ihrer Identität übereinstimmen, sich in Chinas innere Angelegenheiten eingemischt und Chinas Sicherheitsinteressen geschadet», erklärte Aussenamtssprecher Wang Wenbin. Hu Xijin, Chefredakteur der einflussreichen Parteizeitung «Global Times», schrieb auf Twitter, dass die USA seines Wissens 72 Stunden Zeit haben, um das Konsulat zu schliessen. Das wäre Montagmorgen. Die chinesische Vertretung in Houston, der grössten Stadt des Bundesstaats Texas, muss eigentlich an diesem Freitag seine Arbeit einstellen. **sda**